

TAGBLATT

Neutoggenburg: 07. November 2008, 01:00, ONLINE

Uneinig in Fragen der Drogenpolitik



Diskutierten engagiert: Daniel Frischknecht und Lukas Reimann als Gegner, Podiumsleiter Freddy Lässer sowie Eugen David und Jürg Niggli auf der Seite der Befürworter (von links). Bild: sas

Bei der «Hanf»-Initiative waren sich die Podiumsteilnehmer einig, diese muss man ablehnen. Bei der Revision des Betäubungsmittelgesetzes drehte sich alles um die Fragen, wie hart der Staat bei der Repression durchgreifen muss und wie die Jugend vor Drogen geschützt werden kann.

SABINE SCHMID

Wattwil. Im Vorfeld der Abstimmung über die beiden Drogenvorlagen (siehe Kasten), fanden sich auf Einladung der EDU Toggenburg vier Fachleute zu einer Podiumsdiskussion im «Thurpark» ein. Ständerat Eugen David und Jürg Niggli, Geschäftsleiter der Stiftung Suchthilfe St. Gallen legten die Argumente für das revidierte Betäubungsmittelgesetz dar. Nationalrat Lukas Reimann und Daniel Frischknecht, EDU-Kantonsrat im Kanton Thurgau und ehemaliger Drogenabhängiger sprachen auf der Seite der Gegner. Die Diskussion leitete Freddy Lässer, Präsident der EDU des Kantons St. Gallen.

Auf vier Säulen aufgebaut

Die Drogenpolitik in der Schweiz ist auf vier Säulen aufgebaut, nämlich auf Prävention, Therapie und Soziale Integration, Schadenminderung und Bestrafung. Jürg Niggli, der mit Drogensüchtigen arbeitet, findet, dass diese Politik der richtige Weg sei. Es sei Zeit, um dies nun in einem Gesetz zu verankern. Auch Eugen David sprach sich für das Betäubungsmittelgesetz aus. Dieses nehme auf, was in den letzten zehn bis 20 Jahren ausgearbeitet wurde. Lukas Reimann ist nicht überzeugt, dass die Drogenpolitik der letzten Jahre erfolgreich war. Zwar, gab er zu, sei die offene Drogenszene verschwunden, Süchtige gebe es aber immer noch. Schlecht findet er zudem die Kosten, die der Staat für die Heroinabgabe ausgeben muss. Daniel Frischknecht stützte diese Aussagen. Eine Therapie bringe dem Süchtigen mehr, um aus den Drogen zu finden. Den Schwerstsüchtigen Heroin abzugeben, würde ihre Probleme nicht lösen, sondern nur die Beschaffungskriminalität senken. Nach diesen Eingangsvoten richtete Idriss Regaz das Wort an die Anwesenden. Der ehemalige Drogensüchtige, der mit Jürg Niggli an diesen Anlass gekommen war, hat an seinem eigenen Leib erfahren, wie es ist, im Heroinprogramm teilzunehmen. Auf diesem Weg habe er den Ausstieg geschafft, er konnte sogar während dieser Zeit arbeiten. Eine suchtfreie Gesellschaft bezeichnete Regaz als Illusion, es werde immer Schwerstsüchtige geben.

Auswirkungen auf Jugend

Die Meinungen auf dem Podium gingen auseinander, inwiefern mit dem Gesetz der Jugendschutz verstärkt wird oder nicht. Eugen David betonte, wie wichtig das sei, dass Erziehungsberechtigte eine Meldebefugnis erhalten. Zudem helfen mehr Tatbestände und härtere Strafen, auch für Cannabiskonsum, die Jugend vor Drogen zu schützen. Daniel Frischknecht fand, dass das neue Gesetz gerade betreffend des Handels eine Abschwächung sei. Der Kleinhandel werde gefördert, weil nur gewerbsmässiger Handel belangt werde. Uneinig waren sich die Podiumsteilnehmer auch betreffend der Repression. Lukas Reimann äusserte klar, dass die Polizei vermehrt und schneller in die Drogenszene eingreifen und Süchtige in abstinenzorientierte Institutionen weisen soll, ob die das wollen oder nicht. Auch Jürg Niggli fand, dass Abstinenz das Ziel sein müsse. Er war aber überzeugt, dass es zum einen die Freiwilligkeit des Süchtigen brauche, damit eine Therapie erfolgreich ist, zum anderen sei ein Entzug nicht so schnell möglich.

Im Lauf der Diskussion kamen die Vertreter auf dem Podium und auch das Publikum auf die staatliche Heroinabgabe zu sprechen. Rund 1200 Schwerstsüchtige sind derzeit in diesem Programm. Ein Teilnehmer ärgerte sich, dass er mit seinen Krankenkassenprämien diese teuren Therapien bezahlen muss. Eugen David entgegnete, dass man diskutieren könne, wie weit die Unterstützung geht. Für ihn sei aber klar, dass die Drogensüchtigen nicht ausgegrenzt werden dürfen.

Nicht wieder zurückfallen

Jürg Niggli und Eugen David sagten zum Schluss, dass es keine Alternative zum Betäubungsmittelgesetz gebe. Sagt das Volk Nein, dann stehe man wieder an dem Punkt wie Mitte der 1990er-Jahre. Für die beiden Gegner der Vorlage geht das Gesetz zu wenig weit. Sie plädierten dafür, am 30. November Nein zu sagen, damit in der Schweiz ein neues, schärferes und effizienteres Drogengesetz ausgearbeitet werden kann.

Weitere Artikel zu diesem Thema :

Vorlagen zur Drogenpolitik

Am 30. November stimmt das Volk über zwei Drogenvorlagen ab. Zum einen geht es um die Initiative für eine vernünftige Hanf-Politik mit wirksamem Jugendschutz. Die so genannte Hanf-Initiative verlangt, den Anbau, Handel und Konsum von Cannabisprodukten vollständig freizugeben.

Copyright © St.Galler Tagblatt AG

Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von www.tagblatt.ch ist nicht gestattet.